

Grüne fordern Rücktritt von Maier: Kommunalpolitiker in Gefahr!

Der Kreisverband der Grünen in Gotha fordert effektiveren Schutz für Kommunalpolitiker nach Gewaltvorfällen und droht mit Rücktritt.



Gotha, Deutschland - In letzter Zeit ist die Situation für Kommunalpolitiker in Thüringen alarmierend geworden. Der Kreisverband der Grünen in Gotha hat sich in einem offenen Brief an Innenminister Georg Maier (SPD) gewandt und fordert einen wirksameren Schutz für lokale Mandatsträger oder im Gegenzug seinen Rücktritt. Wie **MDR** berichtet, wird im Schreiben ein systemisches Versagen beim Schutz von Ehrenamtlichen angeprangert. Immer mehr Personen ziehen es vor, sich aus der Kommunalpolitik zurückzuziehen aus Angst vor Übergriffen und Bedrohungen, die allzu oft den Alltag dieser Politiker prägen.

Die Grünen weisen auf eine besonders bedrohliche Lage hin. Ein

ehemaliges Stadtratsmitglied schildert, dass er kürzlich in der Gothaer Innenstadt beleidigt und körperlich angegriffen wurde. Auch das Grüne Büro in der Stadt war mehrfach Ziel von Angriffen, wobei ein Drohspruch in die Fenster geritzt und Hassbotschaften an die Scheiben geklebt wurden. Täter blieben in diesen Fällen unbekannt, und die Grünen kritisieren, dass Anzeigen oft einfach ins Leere laufen und Ermittlungen eingestellt werden. Die Realität ist, dass Empfehlungen des Innenministeriums, wie das Meiden dunkler Orte, als unrealistisch und wirkungslos angesehen werden.

Ein Land im Aufruhr

Die Vorfälle sind nicht nur auf Gotha beschränkt. Auch in anderen Teilen Thüringens ist die Gewalt gegen Kommunalpolitiker angestiegen. Im Landkreis Gotha wurde das Haus eines SPD-Politikers angezündet, während in Suhl die Scheiben eines Parteibüros eingeschlagen wurden. Der Innenminister Georg Maier vermutet politische Motive hinter solchen Straftaten, die mittlerweile ein alarmierendes Ausmaß angenommen haben. Eine bundesweite Umfrage zeigt, dass 38 % der befragten Oberbürgermeister und Landräte in den letzten Monaten Anfeindungen erfahren haben. **Die Bundeszentrale für politische Bildung** dokumentiert, dass 74 % der Betroffenen verbale oder schriftliche Anfeindungen erleiden mussten.

Die Gewaltanwendungen haben nicht nur physische, sondern auch psychische Folgen. Wie **Tagesschau** berichtet, klagen 82 % der Opfer über gesundheitliche Beeinträchtigungen durch diese Vorfälle. Besorgniserregend ist, dass jeder zehnte Betroffene erwägt, aus seinem Amt auszutreten. Ein Reformbedarf ist offensichtlich: Es gibt Forderungen nach einer bundesweiten Ansprechstelle zum Schutz kommunaler Amtsträger, die beraten und die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden, Justiz und Verwaltung verbessern soll.

Politische Polarisierung und soziale

Spannungen

In einem weiteren Kontext erwähnen Experten die Ursachen für den Anstieg von Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker. Politische Polarisierung, soziale Ungleichheit und die Inflation spielen eine Rolle in dieser besorgniserregenden Entwicklung. Es gibt auch Stimmen, die eine Gesetzesverschärfung zur besseren Verfolgung von politisch motivierten Angriffen fordern. Aktuelle Diskussionen im Bundesrat zielen darauf ab, die Strafen für Nötigungen und Angriffe auf Kommunalpolitiker an diejenigen für Spitzenpolitiker anzupassen.

Die Lage fordert mehr als nur verschärfte Gesetze. Es braucht auch geschultes Personal bei Polizei und Justiz, um gezielt auf die Rückmeldungen der Betroffenen einzugehen. Im Sinne einer stabilen Demokratie sollte die Unterstützung und Schutz für lokale Mandatsträger gestärkt werden – denn ohne sie ist eine lebendige Bürgergesellschaft kaum möglich.

Details	
Ort	Gotha, Deutschland
Quellen	• www.mdr.de • www.bpb.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net